

URL: [http://www.welt.de/welt\\_print/article998516/Akute\\_Bedrohungslage.html](http://www.welt.de/welt_print/article998516/Akute_Bedrohungslage.html)

5. Juli 2007, 00:00 Uhr

Von Torsten Thissen

Prügelnde Schüler, verängstigte Lehrer, Polizei auf dem Pausenhof: In Berlin plant ein erster Bezirk, mit privaten Wachdiensten für Ruhe an seinen Schulen zu sorgen

## "Akute Bedrohungslage"

Ursula W. (Name geändert) zeigt keine Angst. Nicht, wenn sie als Hure beschimpft wird, nicht, wenn sie sich durch das Menschengespinnst kämpft, nicht, wenn man ihr vor die Füße spuckt. Sie bleibt gelassen, wenn man sie anschreit, demütigt, auslacht. Sie hat ein bisschen Türkisch und Arabisch gelernt, weil sie wissen wollte, wie man sie beschimpft, aber sie hat sich daran gewöhnt, das hält sie aus. Es sind andere Momente, die Ursula W. das Leben zur Hölle machen, wie sie sagt: Wenn wieder einmal jemand einen Stuhl nach ihr schmeißt zum Beispiel, wenn jemand plötzlich ganz nah kommt und ruckartig den Arm in Richtung ihres Gesichtes bewegt, wenn sie einem ausgebildeten Kickboxer entgegentreten muss oder ihr Gesprächspartner ein Messer zieht. Dann wird sie nervös, dann kommt dieses Zittern und, viel schlimmer: der sehnliche Wunsch, dieser Hölle zu entfliehen, die sie ihren Arbeitsplatz nennt. Ursula W. ist Hauptschullehrerin in Berlin. Sie sagt: "Eigentlich ziehe ich jeden Morgen in den Krieg. Ich habe Ängste vor meinen Pausenaufsichten und Ängste, in bestimmten Klassen zu unterrichten."

Wie Ursula W. geht es vielen Lehrern in der Hauptstadt. Immer noch. Obwohl ein Brandbrief der Neuköllner Rütli-Schule im vergangenen Jahr eine bundesweite Diskussion über Gewalt an Berliner Schulen ausgelöst hatte und die Stadt umgehend Abhilfe versprach. Damals hatte die Schulleiterin öffentlich um die Auflösung ihrer Schule gebeten, weil man mit der Gewalt nicht mehr zurechtkam. Inzwischen hat sich die Situation an der Rütli-Schule entspannt. Die Stadtverwaltung hat das Kollegium verstärkt, Sozialarbeiter kümmern sich um die Schüler und binden auch ihre Familien ein. Aber eben nur an der Rütli-Schule, sagt Ursula W. "Wir anderen fühlen uns immer noch weitgehend im Stich gelassen."

Seit jedoch ein Realschullehrer vor zwei Wochen von einem 17-Jährigen niedergeschlagen wurde, weil er ihn des Schulhofs verweisen wollte, fragt man sich in der Hauptstadt wieder, wie die Gewalt an Berliner Schulen und unter Berliner Jugendlichen zu stoppen ist. Und findet dabei mitunter Lösungen, die man bisher nur aus den Gettos amerikanischer Großstädte kannte.

Wolfgang Schimmang ist Bildungsstadtrat im Berliner Bezirk Neukölln. Seit 35 Jahren beschäftigt sich der Sozialdemokrat mit dem Berliner Schulwesen, war Lehrer, Schulleiter und Leiter des Schulamtes. Schimmang hat es lange im Guten probiert, wie er sagt, doch nun will er private Wachdienste engagieren, die vor den Schulen stehen und für Ordnung sorgen sollen. "Wir müssen sowohl Lehrer als auch Schüler schützen. Dabei können wir nicht jedes Mal 25 Minuten auf die Polizei warten", sagt er. 17 von 24 Oberschulen in seinem Bezirk hätten Interesse angemeldet, darunter auch fünf von seinen sechs Gymnasien. Seine Parteifreunde, Bildungssenator Jürgen Zöllner und auch Innensenator Ehrhart Körting, lehnen die Idee ab, sie setzen auf Vorbeugung und Sozialprogramme. Schimmang hingegen spricht von einer "akuten Bedrohungslage" an seinen Schulen. "Die Frage ist, ob man das wirklich abstellen will oder ob man zu den üblichen Schwatzköpfen gehört", sagt der Stadtrat. Schon im Oktober dieses Jahres könnten private Sicherheitsdienste in Neuköllner Schulen patrouillieren, das Geld dazu "muss man einfach irgendwie auftreiben". Der Senat zumindest

hat die finanzielle Unterstützung schon abgelehnt. "Man möge mir aber mitteilen, wie es anders geht", sagt Schimmang.

Auch Susanne Bauer hält den Vorstoß des Stadtrates für verfehlt. Die Präventionsbeauftragte der Berliner Polizei sagt: "Die Jugendkriminalität in Berlin ist seit Jahren rückläufig, auch der Bereich der Jugendgruppengewalt ist seit Jahren auf gleichem Niveau, obwohl mehr Taten als früher angezeigt werden." Sie hält die Entwicklung an den Berliner Schulen nicht für "besorgniserregend".

Die Kriminalstatistik verzeichnet für das laufende Jahr 505 kriminelle Taten an den rund 800 Berliner Schulen. 115 Taten davon bezogen sich Graffiti-Schmierereien. Bauer räumt ein, dass man "mehr machen" könnte. "Rütli hat geholfen, dass viele Schulen sich des Problems erst bewusst geworden sind. Viele Konflikte müssten erst gar nicht eskalieren, wenn die Lehrer besser ausgebildet würden."

Ein Problem sieht aber auch sie: die steigende Zahl von sogenannten Intensivtätern. In Berlin zählen hierzu alle Kinder und Jugendlichen bis zu einem Alter von 21 Jahren, die mehr als zehn Delikte im Jahr begehen, dabei geht es hauptsächlich um Gewalt. 697 Intensivtäter zählt die Berliner Polizei. Tendenz steigend. 80 Prozent von ihnen haben einen Migrationshintergrund. "Wenn wir verhindern können, dass ihre Anzahl noch größer wird, sind wir ein ganzes Stück weiter." Es gibt inzwischen Programme in Berlin bereits für Zehnjährige. Wenn sie auffällig geworden sind und die Indikatoren für eine mögliche Entwicklung zum Intensivtäter vorhanden - Migrationshintergrund, häusliche Gewalt oder Alkoholismus in der Familie, Arbeitslosigkeit der Eltern, viele Geschwister -, versuchen Psychologen und Kriminalisten, ein weiteres Abgleiten der Kinder zu verhindern. Im Moment werden in Berlin 16 Kinder so betreut. "Doch man kann immer mehr tun", sagt Bauer.

Detlef Komlehn tut etwas in den Berliner Problembezirken. Der 57-Jährige ist seit 1978 Streetworker, erst in Kreuzberg, nun in Tiergarten bei dem Verein Gangway. Die Gewalt sei in den vergangenen zehn Jahren sehr zurückgegangen, sagt er. So gebe es in der Stadt zum Beispiel seit Jahren keine Jugendgangs mehr, Gruppen wie etwa die 36-Boys, die Mitte der Neunzigerjahre Kreuzberg unsicher gemacht haben, hätten sich bereits seit Jahren aufgelöst. Auch spielt die Aufnahme von Gewaltszenen mit Handykameras eine zu vernachlässigende Rolle auf der Straße, sagt er - die meisten Jugendlichen hätten schlicht nicht das Geld für so moderne Handys. Aber die Qualität der Gewalt, die sei eine andere geworden. Es würden schneller Messer gezückt, und "auch wenn der Gegner bereits am Boden liegt, wird nicht von ihm abgesehen", sagt der Streetworker. Die Frustration gerade unter den Jugendlichen mit Migrationshintergrund sei immens hoch. Viele von ihnen bekämen beispielsweise selbst mit einem Realschulabschluss nicht die Lehrstelle, für die ein deutscher Bewerber nur einen Hauptschulabschluss brauche. Zudem leide die Mehrzahl der Jugendlichen unter dem schlechten Ruf der kleinen Gruppe gewalttätiger Jugendlicher. Doch man müsse die Situation auch nicht dramatischer machen, als sie sei, sagt Komlehn: "Die meisten von denen tun auch nur so, als seien sie die großen Gangster, obwohl sie in Wahrheit ganz friedlich sind." Die meisten. Aber eben nicht alle.

Irgendwann, er war 13 oder 14, so genau weiß Mahmut das nicht mehr, ging es los. Da war zum Beispiel dieser Typ, der ihm das Handy geklaut hat: Mahmut hat ihm aufgelauert, ihm ein paar Ohrfeigen gegeben und es sich zurückgeholt. Mehr war da nicht, ehrlich. Nur die Polizei war der Ansicht, dass es sich dabei um Raub gehandelt hat. Gut, er hat "auch ein bisschen Mist gebaut", sagt Mahmut, DVDs bei Karstadt geklaut und sie wieder verkauft, zum Beispiel. Aber bei den Sachen, bei denen man ihn geschnappt hat, war er unschuldig. Gewehrt hat er sich, sagt Mahmut, und dafür hat er auch das Messer. Er zieht es aus seiner Trainingsjacke, lässt die Klinge aufschnappen. Das Messer, sagt er, braucht er. Wenn die Leute das Messer sähen, ließen sie ihn in Ruhe, sagt er.

"Und wenn der andere auch ein Messer hat?"

"Dann kämpfe ich", sagt Mahmut. Das habe er schließlich auf der Straße gelernt. Er steckt das Messer wieder ein. Die Straße, von der Mahmut spricht, das sind die Straßen von Berlin.